

ANFRAGE

des Abgeordneten Hermann Brückl, MA
an den Bundesminister für Bildung
betreffend **Organisierte Gewalt und Mobbing an Linzer Schule**

An einer Mittelschule im Linzer Stadtteil Bindermichl kam es kürzlich zu alarmierenden Vorfällen: Eine 14-jährige Schülerin soll über Wochen hinweg eine Art Machtstellung innerhalb der Schule aufgebaut haben, in der sie andere Schüler bedrohte und teilweise sogar körperliche Übergriffe organisierte. Besonders erschütternd ist, dass diese Übergriffe nicht im Affekt oder als einmalige Eskalation geschahen, sondern offenbar gezielt koordiniert wurden. Die Schülerin soll sich ein Netzwerk aus Jugendlichen aufgebaut haben, mit dem sie andere Kinder gezielt eingeschüchtert und attackieren ließ. Betroffene berichten von körperlichen Attacken – sowohl innerhalb als auch außerhalb des Schulgebäudes. Die Situation eskalierte schließlich derart, dass eine betroffene Mutter sich öffentlich an Medien wandte, um auf das Problem aufmerksam zu machen.¹

Dieser Bericht wirft ein bezeichnendes Licht auf die Herausforderungen, mit denen viele Schulen in Österreich konfrontiert sind: Gewalt, Mobbing, ein Mangel an Konsequenz sowie überforderte Lehrkräfte und Direktoren, die nicht immer über die notwendigen Mittel oder Rückendeckung verfügen, um wirksam einzugreifen.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Bildung nachstehende

Anfrage

1. Ist Ihnen der obengenannte Vorfall an der Linzer Mittelschule bekannt?
2. Seit wann hatte die Schulleitung Kenntnis davon, dass eine 14-jährige Schülerin an einer Linzer Mittelschule mutmaßlich ein Netzwerk aus Jugendlichen aufgebaut hat, um gezielt andere Schüler körperlich anzugreifen, und welche Schritte hat sie unternommen?
3. Seit wann hatte die Bildungsdirektion Oberösterreich Kenntnis von diesen Vorgängen und welche konkreten Maßnahmen wurden seitens der Bildungsdirektion nach Bekanntwerden gesetzt?
4. Wie viele Gewalt- und Mobbingvorfälle wurden im laufenden Schuljahr 2024/25 an Linzer Mittelschulen gemeldet, insbesondere im Stadtteil Bindermichl?
5. Plant die Bundesregierung, die rechtlichen und disziplinären Möglichkeiten für Schulleitungen zu erweitern, um bei schwerwiegenden Vorfällen – etwa durch Suspendierungen oder Schulverweise – rascher eingreifen zu können?
6. Welche Maßnahmen sind seitens des Bundesministeriums vorgesehen, um Gewaltprävention an Brennpunktschulen zu stärken?

Hermann Brückl
Beate Ricarda

Beate Ricarda

Beate Ricarda

¹ Vgl. <https://www.krone.at/3828700> (aufgerufen am 09.07.2025)

